

Einen grossen Schritt weiter

Die Berufszuteilung an die Berufsfachschulen soll neu geregelt werden, dabei soll eine Bündelung der Kräfte erfolgen. Im Gespräch mit allen Akteuren wurde ein Vorschlag erarbeitet, der nun in der Vernehmlassung ist.

Text: **Jacqueline Olivier**

43 000 Lernende besuchen heute eine der 18 kantonal und 11 privat oder kommunal geführten Berufsfachschulen im Kanton Zürich. Deren Angebot ist historisch gewachsen, oft im Zusammenspiel mit der regionalen Wirtschaft. Doch die Berufswelt hat sich verändert, und in jüngster Zeit vollzieht sich dieser Wandel rasend schnell. Während die Lernendenzahlen in den einen Berufen sinken, steigen sie in anderen. Neue Berufe kommen hinzu, alte verschwinden. Dies hat dazu geführt, dass etwa 30 von über 200 Berufen an mehreren Standorten unterrichtet werden – in teilweise unterdotierten Klassen. «An der Berufsbildungsschule Winterthur beispielsweise werden heute Lernende in 46 Berufen geschult», sagt Andres Meerstetter vom Mittelschul- und Berufsbildungsamt (MBA), «und viele dieser Berufe finden sich auch an einer weiteren Schule.» Gleichzeitig seien zu kleine Klassen und Mini-Abteilungen für die Schulen schwierig zu handhaben, seien unwirtschaftlich und unbefriedigend, weil man den Lernenden nicht bieten könne, was in einer grösseren Abteilung möglich wäre.

Weniger Standorte pro Beruf

In den vergangenen Monaten hat man deshalb zusammen mit allen beteiligten Organisationen und Verbänden des Schulfeldes und der Wirtschaft eine neue Berufszuteilung erarbeitet, um die verschiedenen Berufe nach Berufsfeldern zu bündeln. Dadurch sollen pro Beruf mehr Lernende an weniger Standorten unterrichtet und die Schulen zu eigentlichen Kompetenzzentren umgestaltet werden. Die Basis der Diskussion bildeten ein Grundlagenpapier, das im Auftrag von Bildungsdirektorin Silvia Steiner im MBA entwickelt worden war, sowie die Ziele und Eckwerte, die der Bildungsrat beschlossen hatte.

Als Erstes war der Ist-Zustand erhoben worden. «Wir haben geschaut, welche

Schulen in welchen Berufen unterbesetzte Klassen aufweisen und welche Schulen stark wachsen», erklärt Andres Meerstetter, der das Projekt Kompetenzzentren leitet. Mit der Neuzuteilung habe man anschliessend bei den Schulen in den Regionen begonnen – weil diese einfacher zu positionieren seien. Dabei sei darauf geachtet worden, wenn möglich jeder Schule mindestens zwei Berufsfelder zuzuteilen, um Klumpenrisiken vorzubeugen. In einem zweiten Schritt wurde anschliessend das Angebot an den Schulen in Winterthur und Zürich stärker konzentriert.

Was einfach klingt, war in Tat und Wahrheit ein hochkomplexer Prozess, denn es gab klare Rahmenbedingungen. «Die Verschiebungen müssen einerseits den Schulen nützen, dürfen aber andererseits keine Kosten für den Kanton verursachen, die nicht zu begründen sind», fasst der Projektleiter zusammen. Vieles sei ein Abwägen gewesen. Ausserdem musste man auch realistisch bleiben: «Mehr als 50 Prozent der Lernenden einer Schule auszuwechseln, ist nicht machbar.» Zudem gelte es im Hinblick auf den erwarteten Zuwachs von rund 11 000 Lernenden bis 2030 den Schulraum sinnvoll zu nutzen und neuen Raum vor allem in den Städten Zürich und Winterthur zu schaffen, die prädestiniert seien für neue Berufe. Auch könnten Berufe, für welche die Lernenden aus der ganzen Schweiz in den Kanton Zürich reisten, weil sich hier der einzige Schulstandort befinde, nicht aus der Stadt in eine Region verschoben werden.

Noch zwei Knackpunkte

Mit dem Grundlagenpapier habe man am Kick-off im vergangenen Herbst eine Maximallösung präsentiert, erklärt der Projektleiter. Nach einigen Anpassungen seien etwa 75 Prozent der ursprünglichen Vorschläge in den nun vorliegenden Lösungsvorschlag eingeflossen.



Andres Meerstetter war in den vergangenen Monaten viel unterwegs, hat jede Schule besucht, mit Lehrpersonen sowie mit Rektorinnen und Rektoren gesprochen. In den Prozess eingebunden waren ausserdem Rektorenkonferenz und Lehrerverbände, die Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen, die Schulkommissionen, mehrere Wirtschaftsverbände und die Organisationen der Arbeitswelt. So hat man sich weitgehend auf Kompromisse einigen können – nach dem Motto: Jede Schule muss Federn lassen, erhält dafür aber einige neue. Lediglich in zwei Fällen ist man sich noch nicht einig. Der eine betrifft die kaufmännische Ausbildung an den beiden Standorten Uster (Bildungszentrum) und Wetzikon (Wirtschaftsschule KV Wetzikon). Beabsichtigt war eine Konzentration in Wetzikon, Uster hätte dafür im technischen Bereich gestärkt werden sollen. Noch sind die Positionen der beiden betroffenen Schulen zu unterschiedlich, laut dem Projektleiter ist man aber miteinander im Gespräch. Hinzu kommt, dass in Wetzikon der Kaufmännische Verband für die Ausbildung zuständig ist, die angestrebte neue Schule müsste vom Kantonsrat bewilligt werden. Deshalb wird auch eine alternative Variante verfolgt, die vorsieht, die kaufmännische Ausbildung an den zwei Standorten zu belassen und stattdessen den technischen Bereich in Uster weniger stark auszubauen.

Für den zweiten Knackpunkt sorgen die Bauberufe, die heute auf drei Schulen



Zwischen den Berufsfachschulen sollen in den kommenden Jahren Verschiebungen stattfinden und so die Berufe an weniger Standorten konzentriert werden. Fotos: zvg

verteilt sind, obwohl mit der Baugewerblichen Berufsschule Zürich bereits ein Kompetenzzentrum vorhanden wäre. Zu reden gibt namentlich noch die Zuteilung der Schreiner und der Zeichner Fachrichtung Architektur. Der Bildungsrat hat nun auf der Basis der bereits diskutierten Varianten eine neue vorgeschlagen.

Lob für das Vorgehen

Für den bisherigen Prozess gibt es seitens der Betroffenen lobende Worte. Kurt Eisenbart etwa, Rektor der Berufsschule Rüti, findet es vorbildlich, «wie die Verantwortlichen des MBA sämtliche Stakeholder einbezogen haben». Er selbst hat in der Reflexionsgruppe und im Teilprojekt Personal mitgearbeitet und ist überzeugt, dass die Lernenden von dem Projekt profitieren werden: «Wir haben im Moment noch eine Coiffeurklasse pro Jahrgang – es ist für uns beispielsweise nicht möglich, diesen Lernenden eine vernünftige Auswahl an Freifächern anzubieten.» Die Schulen wiederum würden bessere Voraussetzungen haben, um auf die raschen Veränderungen in der Berufswelt zu reagieren. Natürlich werde die Integration neuer Berufe und Lehrpersonen in ein Schulteam nicht einfach. «Die Verschiebungen bedeuten auch einen Kulturwandel.» Es sei jedoch angedacht, den Schulen, die dies wünschen, Mittel für ein Coaching zur Verfügung zu stellen.

Auch Denise Sorba, Präsidentin der Lehrpersonenkonferenz der Berufsfachschulen (LKB), war Mitglied der Reflexi-

onsgruppe und wirkte im Teilprojekt Personal mit. In Letzterem habe sie viel Sensibilität für die Anliegen der Lehrerinnen und Lehrer gespürt, erzählt sie. Für sie ist vor allem wichtig, «dass bewährte Lehrpersonen bei einem Schulwechsel nicht erst ein Kündigungs- und anschliessend ein Bewerbungsverfahren durchlaufen müssen». Über das Projekt an sich sagt sie: «Es war wohl nötig, hat aber klar Gewinner und Verlierer; für einige Schulen könnte es einschneidende Folgen haben.» Die Hauptlast trügen letztlich die Lehrpersonen und mit ihnen die Schulleitungen.

«Gute Lösungen»

Andres Meerstetter ist sich sicher, für die Lehrpersonen, die zukünftig an einer anderen Schule unterrichten werden, gute Lösungen gefunden zu haben. Statt sie erst zu entlassen und neu anzustellen, setzt man wenn immer möglich auf Versetzungsverfügungen. So bleiben die Anstellungsbedingungen unverändert. Wer während einer Übergangsphase an der bisherigen und an der neuen Schule unterrichtet, soll eine Wegentschädigung erhalten. «Die Lehrpersonen mitzunehmen, war uns von Anfang an ein grosses Anliegen.» Dank der natürlichen Fluktuation, der steigenden Lernendenzahlen sowie neuer Berufe sollen Entlassungen weitestgehend vermieden werden.

Am 11. Juni wurde der Lösungsvorschlag allen Akteuren vorgestellt und ging gleichentags in die Vernehmlassung, die

bis zum 30. September dauert. «Um das Vorhaben umzusetzen, ist ganz wichtig, dass die Betroffenen es mittragen», betont Andres Meerstetter. Wenn alles rund läuft, kann mit den ersten kleinen Verschiebungen bereits zu Beginn des Schuljahrs 2020/21 begonnen werden, der grosse «Rutsch» soll im darauffolgenden Schuljahr erfolgen, ein paar kleinere Rochaden dann noch 2023. Sollte das neue KV Wetzikon zustande kommen, würden insgesamt 5000 Lernende, circa 310 Klassen und an die 260 Lehrpersonen (155 Vollzeitpensen) verschoben. Und dann gibt es noch eine grosse Ausnahme: die Fachleute Betreuung (FaBe), die heute an der Berufsfachschule Winterthur unterrichtet werden. Diese Ausbildung boomt derart, dass es für sie als einzige einen zusätzlichen Schulstandort braucht. Am Bildungszentrum Zürichsee in Horgen sollen deshalb in Zukunft bis zu 800 FaBe-Lernende mit Fachrichtung Kinderbetreuung zur Schule gehen.

► www.mba.zh.ch > Dienstleistungen & Kommunikation > Projekt Kompetenzzentren